

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 268

[C — 2009/33000]

**19. DEZEMBER 2008 — Dekret über die Finanzierung der Gemeinden
und Öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Zielsetzung

Artikel 1 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den Gemeinden des deutschen Sprachgebietes eine jährliche Dotation, die aus folgenden Teilen besteht:

1. eine Gemeindedotation, die dazu bestimmt ist, die allgemeinen Aufgaben der Gemeinden zu finanzieren;
2. eine Wegedotation, die dazu bestimmt ist, Investitionen im kommunalen Wegewesen zu finanzieren;
3. eine Dotation, die dazu bestimmt ist, die Basisförderung von Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen sowie der öffentlichen Bibliotheken zu gewährleisten.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den Öffentlichen Sozialhilfezentren des deutschen Sprachgebietes eine jährliche Dotation, die dazu bestimmt ist, deren allgemeine Aufgaben zu finanzieren.

Auszahlung

Art. 2 - Die in Artikel 1 erwähnten Dotationen werden in monatlichen Zwölfteilen ausgezahlt. Die Zahlung erfolgt jeweils vor dem 22. jeden Monats.

KAPITEL II — Gemeindedotation

Betrag der Gemeindedotation

Art. 3 - § 1 - Die Gemeindedotation beträgt 16.555.285 EUR.

Ab dem Haushaltsjahr 2010 wird dieser Betrag jährlich einer Wachstumsrate angepasst, die gemäß der in Artikel 33bis § 1 Absatz 4 des Finanzierungssondergesetzes vom 16. Januar 1989, abgeändert durch die Sondergesetze vom 16. Juli 1993 und vom 13. Juli 2001, vorgesehenen Formel berechnet wird. Diese wird gegebenenfalls erhöht entsprechend der Steigerung der Wachstumsrate der Dotation, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region gewährt wird in Ausführung der Dekrete der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 und der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Bei einer Erhöhung des Grundbetrages der in Absatz 2 erwähnten Dotation wird die Gemeindedotation entsprechend angepasst.

§ 2 - Die Gemeindedotation wird über eine Einnahmendotation und eine Ausgabendotation gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes an die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes verteilt.

Einnahmendotation

Art. 4 - Vom Gesamtbetrag der Gemeindedotation erhalten die Gemeinden zuerst eine Einnahmendotation, die gemäß den nachfolgenden Bestimmungen berechnet wird.

Auf Basis der jährlichen Gemeindeeinnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen wird für jede Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlagshundertstel berechnet. Daraus wird ein Durchschnittsertrag pro Einwohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermittelt. Liegt für eine Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlagshundertstel unter diesem Durchschnittsertrag, wird ein Ausgleich berechnet aus der Differenz zwischen beiden Erträgen, multipliziert mit der Einwohnerzahl der Gemeinde und dem durchschnittlichen Zuschlagsteuersatz der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dabei ergibt sich der durchschnittliche Zuschlagsteuersatz aus der Gewichtung der einzelnen Steuersätze der Gemeinden mit ihrer Einwohnerzahl.

Diese Berechnung wird anhand der Werte der letzten sechs Jahre durchgeführt, für die die Angaben zur Verfügung stehen. Jede Gemeinde erhält als Einnahmendotation den Durchschnittswert des Ausgleichs dieser sechs Jahre.

Ausgabendotation

Art. 5 - Der restliche Teil der Gemeindedotation wird als Ausgabendotation wie folgt unter den Gemeinden aufgeteilt:

- fünf Prozent zu gleichen Teilen;
- fünfundvierzig Prozent im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Gemeinde;
- zwanzig Prozent im Verhältnis zur Anzahl der zum 31. Dezember auf dem Gemeindegebiet tätigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer;
- fünfzehn Prozent im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl vollentschädigter Arbeitsloser in der Gemeinde während eines Jahres;
- fünfzehn Prozent im Verhältnis zur Gesamtfläche der Gemeinde.

Für die verwendeten Messgrößen gelten die Durchschnittszahlen der letzten sechs Jahre, für die die Angaben zur Verfügung stehen.

Berechnung

Art. 6 - Die Regierung berechnet jährlich den in Anwendung der Artikel 4 und 5 ermittelten Betrag pro Gemeinde.

Wenn diese Berechnung dazu führt, dass die Summe der Gemeindedotation und der gemäß Kapitel V berechneten Sozialhilfedotation weniger ergibt als 90 % des entsprechenden Betrages des Vorjahres, wird nach Ermittlung der Einnahmendotation für alle Gemeinden der Ausgabendotation zuerst der Betrag entnommen, um diese Summe zu erreichen. Danach findet die in Artikel 5 vorgesehene Berechnung für die Verteilung der Ausgabendotation an die restlichen Gemeinden statt.

KAPITEL III — *Wegedotation*

Betrag der Wegedotation

Art. 7 - Die Gesamtdotation für den kommunalen Wegebau beträgt:

- für das Haushaltsjahr 2009: 850.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2010: 900.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2011: 1.000.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2012: 1.100.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2013: 1.250.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2014: 1.400.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2015: 1.800.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2016: 2.200.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2017: 2.600.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2018: 3.000.000 EUR.

Ab dem Haushaltjahr 2019 wird der Betrag von 3.000.000 EUR jährlich einer Wachstumsrate angepasst, die gemäß der in Artikel 33*bis* § 1 Absatz 4 des Finanzierungs-sondergesetzes vom 16. Januar 1989, abgeändert durch die Sondergesetze vom 16. Juli 1993 und vom 13. Juli 2001, vorgesehenen Formel berechnet wird.

Verteilungsschlüssel

Art. 8 - Der in Artikel 7 erwähnte Gesamtbetrag der Dotation wird folgendermaßen unter den Gemeinden aufgeteilt:

1. dreißig Prozent des Gesamtbetrages zu gleichen Teilen;
2. zwanzig Prozent des Gesamtbetrages im Verhältnis zur Länge des kommunalen Wegenetzes auf dem Gemeindegebiet;
3. fünfzig Prozent des Gesamtbetrages im Verhältnis zur bebauten Fläche auf dem Gemeindegebiet.

Die Regierung erhebt die Angaben zur Länge des Wegenetzes und zur bebauten Fläche. Sie aktualisiert die Angaben alle drei Jahre.

Die Regierung berechnet jährlich den in Anwendung von Absatz 1 und 2 ermittelten Betrag pro Gemeinde.

Annehmbare Investitionen

Art. 9 - Die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Investitionen bestehen aus folgenden Arbeiten und Anschaffungen, einschließlich eventueller Studien und vorab durchgeführter Tests:

1. die Schaffung und Instandsetzung öffentlicher Verkehrswege;
2. die Schaffung und Instandsetzung der auf öffentlichem Gebiet eingerichteten Parkplätze, insofern diese Arbeiten den eventuell vorhandenen kommunalen Mobilitätsplan einhalten;
3. der Bau und die Instandsetzung von Aquädukten und von Kanalisationen, insofern diese Arbeiten nicht von der Wallonischen Wasserversorgungsgesellschaft getragen werden;
4. die Einrichtung, Erweiterung, Versetzung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Kontrolle über die Verwendung der Wegedotation

Art. 10 - Die Regierung überprüft die Verwendung der Mittel der Wegedotation anhand der jährlichen Rechnungslegung der Gemeinden.

Alle in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem kommunalen Wegenetz stehenden Kosten kommen in Betracht für die Rechtfertigung der Verwendung der Mittel.

Die Regierung fordert Gelder zurück, die binnen sechs Jahren nach ihrer Auszahlung nicht zweckgemäß verwendet wurden. Auf diese Beträge werden Zinsen zum legalen Satz berechnet.

KAPITEL IV — *Dotationsförderung von Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen sowie Öffentlichen Bibliotheken*

Betrag

Art. 11 - Die Gesamtdotation für die Basisförderung von Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen sowie öffentlichen Bibliotheken beträgt 419.500 EUR.

Dieser Betrag wird wie folgt unter den Gemeinden aufgeteilt:

Gemeinde	Kultur- und Folklorevereinigungen	Sport- und Freizeitvereinigungen	Öffentliche Bibliotheken	Total
Amel	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Büllingen	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Bütgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	49.000 EUR	17.000 EUR	84.500 EUR
Kelmis	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
Sankt Vith	25.500 EUR	28.500 EUR	17.000 EUR	71.000 EUR
Total	137.000 EUR	198.500 EUR	84.000 EUR	419.500 EUR

Ab dem Haushaltsjahr 2010 werden diese Beträge jährlich indiziert.

Basisförderung

Art. 12 - § 1 - Nur Vereinigungen und öffentliche Bibliotheken, die seit mindestens einem Jahr regelmäßig in der Gemeinde tätig sind, haben Anrecht auf eine Basisförderung.

Jede Gemeinde legt objektive, relevante und angemessene Kriterien fest für die Bezuschussung der auf ihrem Gebiet tätigen Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen sowie der öffentlichen Bibliotheken.

Die von den Gemeinden festzulegenden Kriterien berücksichtigen mindestens:

1. für die Kultur-, Folklore-, Sport- und Freizeitvereinigungen:
 - die Anzahl der Mitglieder;
 - die regelmäßigen Aktivitäten;
2. für die Kultur- und Sportvereinigungen: die Anzahl der jugendlichen Mitglieder;
3. für die öffentlichen Bibliotheken:
 - regelmäßige Öffnungszeiten;
 - die regelmäßige Bestandspflege.

§ 2 - Bis eine Gemeinde die in § 1 erwähnten Kriterien festgelegt hat, finden die bisherigen Bezuschussungsgrundlagen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesen Gemeinden entsprechend Anwendung, insbesondere:

1. für Amateurlustvereinigungen: das Dekret vom 28. Juni 1988 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Amateurlustvereinigungen in seiner Fassung vom 31. Dezember 2008;
2. für Kammermusikensembles: das Dekret vom 25. Mai 1999 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Kammermusikensembles in seiner Fassung vom 31. Dezember 2008;
3. für Folklorevereinigungen: das Dekret vom 16. Februar 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung der im Bereich Folklore tätigen Vereine und Verbände in seiner Fassung vom 31. Dezember 2008;
4. für Sportvereinigungen: das Sportdekret vom 19. April 2004 in seiner Fassung vom 31. Dezember 2008;
5. für Freizeitorganisationen: das Rundschreiben vom 23. Dezember 2002 zur Förderung der Freizeitvereinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. für die öffentlichen Bibliotheken: das Dekret vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken in seiner Fassung vom 31. Dezember 2008.

Kontrolle über die Verwendung der Dotation

Art. 13 - Die Regierung überprüft die Verwendung der aufgrund von Artikel 11 des vorliegenden Dekretes gewährten Mittel anhand der jährlichen Rechnungslegung der Gemeinden.

Die Regierung fordert Gelder zurück, die in einem Haushaltsjahr nicht zweckgemäß verwendet wurden.

KAPITEL V — Sozialhilfedotation

Betrag der Sozialhilfedotation

Art. 14 - § 1 - Die Sozialhilfedotation beträgt 1.839.476 EUR.

Ab dem Haushaltsjahr 2010 wird dieser Betrag jährlich einer Wachstumsrate angepasst, die gemäß der in Artikel 33bis § 1 Absatz 4 des Finanzierungssondergesetzes vom 16. Januar 1989, abgeändert durch die Sondergesetze vom 16. Juli 1993 und vom 13. Juli 2001, vorgesehenen Formel berechnet wird. Diese wird gegebenenfalls erhöht entsprechend der Steigerung der Wachstumsrate der Dotation, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region gewährt wird in Ausführung der Dekrete der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 und der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

§ 2 - Die Sozialhilfedotation wird gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes an die Öffentlichen Sozialhilfezentren verteilt.

Verteilerschlüssel

Art. 15 - Die Sozialhilfedotation wird gemäß folgenden Kriterien an die Öffentlichen Sozialhilfezentren der Gemeinden des deutschen Sprachgebietes verteilt:

- fünf Prozent zu gleichen Teilen;
- sieben Prozent im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner, die als negative Kreditnehmer registriert sind;
- acht Prozent im Verhältnis zur Anzahl Empfänger der gleichgestellten Sozialhilfe;
- zehn Prozent im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner, deren Alter über der durchschnittlichen Lebenserwartung der belgischen Bevölkerung liegt;
- zwölf Prozent im Verhältnis zur Anzahl Notaufnahmenwohnungen auf dem Gemeindegebiet;
- zwanzig Prozent im Verhältnis zur Anzahl anerkannter Altenheimbetten und anerkannter Alten- und Pflegeheimbetten in Einrichtungen, deren Defizit ganz oder teilweise durch das Öffentliche Sozialhilfezentrum oder die Gemeinde getragen wird;
- achtunddreißig Prozent im Verhältnis zur Anzahl Einwohner, die Eingliederungseinkommen erhalten.

Für die verwendeten Messgrößen gelten die Durchschnittszahlen der letzten sechs Jahre, für die die Angaben zur Verfügung stehen.

Die Regierung berechnet jährlich den in Anwendung von Absatz 1 und 2 ermittelten Betrag pro Öffentlichem Sozialhilfezentrum.

KAPITEL VI — *Abänderungsbestimmungen**Abschnitt 1 — Amateurlkunst*

Titel des Dekretes vom 28. Juni 1988

Art. 16 - Der Titel des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Regelung und Bezuschussung von Amateurlkunstvereinigungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird wie folgt ersetzt:

«Dekret über die Einstufung und Bezuschussung von Amateurlkunstvereinigungen und Kammermusikensembles».

Inhalt des Dekretes über die Einstufung und Bezuschussung von Amateurlkunstvereinigungen und Kammermusikensembles

Art. 17 - Die Artikel 1bis 18 desselben Dekretes werden durch folgende Artikel ersetzt:

«KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter:

1. Amateurlkunst: jede Kunstform, die es einer Person ermöglicht, sich zu entfalten und durch den Umgang mit der Kunst freiwillig auf nicht professionelle Weise ihre Kreativität zu entwickeln;
2. Amateurlkunstvereinigung: jeder autonome Zusammenschluss natürlicher Personen, dessen Hauptaktivität im Bereich der Amateurlkunst liegt;
3. Kunstsparte: eine Kunstgattung oder eine kohärente Gruppe von Kunstformen, die sich in eine der folgenden Ausdrucksformen einreicht: Instrumentalmusik, Gesang oder Theater;
4. Kammermusikensemble: jede autonome Vereinigung natürlicher Personen, deren Hauptaktivität im Bereich der klassischen Instrumentalmusik liegt und die neben ihrem künstlerischen Leiter mindestens vier und höchstens sechs aktive Mitglieder zählt;
5. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL II — *Einstufung*

Einstufung

Art. 2 - § 1 - Die Regierung organisiert je Kunstsparte eine Einstufung für Amateurlkunstvereinigungen und Kammermusikensembles, die:

1. ihren Sitz im deutschen Sprachgebiet haben und ihre hauptsächlichen Aktivitäten dort durchführen;
2. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sind;
3. seit mindestens einem Jahr bestehen und im deutschen Sprachgebiet eigene Auftritte organisieren oder dort an Veranstaltungen teilnehmen;
4. jährlich eine Mindestanzahl öffentlicher Auftritte absolvieren, die die Regierung je nach Kunstsparte festlegt;
5. neben ihrem künstlerischen Leiter eine Mindestanzahl Mitglieder zählen, die die Regierung für Amateurlkunstvereinigungen je nach Kunstsparte festlegt.

Die Einstufung der Amateurlkunstvereinigungen wird pro Kunstsparte organisiert.

Die Einstufung der Kammermusikensembles wird alle vier Jahre organisiert.

§ 2 - Die Regierung bestimmt:

- die Einstufungskategorien;
- die Ausrichter;
- die Besetzungsformen;
- das Einstufungsverfahren;
- die Gültigkeitsdauer der Einstufung.

Die Regierung setzt Fachjurys ein, die die Einstufung der zugelassenen Bewerber vorschlagen.

Zuschüsse

Art. 3 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den eingestuften Amateurkunstvereinigungen und Kammermusikensembles eine von der Einstufungskategorie abhängige Prämie, deren Höhe die Regierung festlegt.

Die Regierung kann allen Amateurkunstvereinigungen und Kammermusikensembles, die in den Genuss einer Basisförderung einer Gemeinde kommen, einen Zuschuss für besondere Initiativen gewähren.

KAPITEL III — *Amateurkunstvereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung*

Anerkennung

Art. 4 - Amateurkunstvereinigungen können von der Regierung auf Vorschlag einer der in Artikel 2 § 2 Absatz 2 vorgesehenen Fachjurys als Amateurkunstvereinigung mit besonderer künstlerischer Auszeichnung anerkannt werden.

Zuschuss

Art. 5 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den Amateurkunstvereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung jährlich einen Zuschuss für die Tätigkeiten des Vorjahres in Höhe von:

- 75 % der in Artikel 6 Nummer 1 aufgeführten Ausgaben;
- 60 % der in Artikel 6 Nummer 3 aufgeführten Ausgaben;
- 50 % der in Artikel 6 Nummern 2, 4 und 5 aufgeführten Ausgaben.

Um Anrecht auf einen Zuschuss zu haben, muss eine Amateurkunstvereinigung mit besonderer künstlerischer Auszeichnung:

- eine ordentliche, jederzeit am Sitz der Vereinigung durch die Regierung einsehbare Buchführung vorweisen können;
- jährlich einen Bericht über die Tätigkeiten des Vorjahres einreichen;
- jährlich mindestens sechs öffentliche Auftritte absolvieren, davon mindestens einen innerhalb und mindestens einen außerhalb des deutschen Sprachgebiets.

Annehmbare Ausgaben

Art. 6 - Für die Berechnung des Jahreszuschusses werden die belegten Ausgaben in folgenden Bereichen berücksichtigt, insofern sie nicht bereits durch Zuschüsse seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder anderer Behörden gedeckt sind:

1. Ausgaben für die Besoldung:
 - a) der künstlerischen Leiter;
 - b) von maximal zwei Wochenstunden des Sekretariatspersonals;
2. Ausgaben für Sekretariat, Werbung, Versicherung sowie Beiträge an nationale und internationale Verbände;
3. unmittelbar mit der Organisation von Veranstaltungen verbundene Ausgaben;
4. Ausgaben zur Deckung der Fahrkosten anlässlich von Auftritten im Ausland, deren Bezuschussung die Regierung aufgrund eines zu Beginn des Jahres eingereichten Programms genehmigt hat;
5. Ausgaben für den Ankauf von Material.

Vorschüsse

Art. 7 - Amateurkunstvereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung können gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten einen Vorschuss auf den jährlichen Zuschuss erhalten.

Auftrag an die Regierung

Art. 8 - Die Regierung bestimmt:

- das Verfahren zur Anerkennung von Amateurkunstvereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung;
- die Voraussetzungen und Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
- das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Zuschüsse für Amateurkunstvereinigungen mit besonderer künstlerischer Auszeichnung.

KAPITEL IV — *Kammermusikensembles mit Besonderer Künstlerischer Auszeichnung*

Anerkennung

Art. 9 - Kammermusikensembles können von der Regierung auf Vorschlag einer der in Artikel 2 § 2 Absatz 2 vorgesehenen Fachjurys als Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung anerkannt werden.

Zuschuss

Art. 10 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erhalten Kammermusikensembles mit besonderer künstlerischer Auszeichnung jährlich einen pauschalen Zuschuss für die Tätigkeiten des Vorjahres in Höhe von maximal 2.000 EUR.

Um Anrecht auf einen Zuschuss zu haben, muss ein Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung:

- eine ordentliche, jederzeit am Sitz der Vereinigung durch die Regierung einsehbare Buchführung vorweisen können;
- jährlich einen Bericht über die Tätigkeit des Vorjahres bei der Regierung einreichen;
- jährlich mindestens fünf öffentliche Auftritte absolvieren, davon mindestens einen innerhalb und mindestens einen außerhalb des deutschen Sprachgebiets.

Zuschüsse werden nur in Höhe der belegten annehmbaren Ausgaben ausgezahlt. Die Regierung kann Kategorien der annehmbaren Ausgaben sowie Höchstbeträge pro Kategorie festlegen.

Die erste Bezuschussung erfolgt aufgrund der Tätigkeiten im Anerkennungsjahr.

Entzug der Anerkennung

Art. 11 - Die Regierung entzieht die Anerkennung als Kammermusikensemble mit besonderer künstlerischer Auszeichnung, wenn die der Anerkennung zugrunde liegenden Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

KAPITEL V — Bezuschussung von Ausrüstungsgegenständen für die Ausübung von Amateurkunst

Zuschuss

Art. 12 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt die Regierung Verbänden und Vereinen für Amateurkunst, die regelmäßige Tätigkeiten mit einer umfangreichen und dauerhaften Beteiligung durchführen, Zuschüsse für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen, die zur Ausübung einer kulturellen Tätigkeit dienen und nicht zu einer Infrastruktur gehören und die dazu bestimmt sind, einen Teil der Kosten für die Erneuerung oder Erweiterung der Grundausrüstung zu decken.

Vereine haben nur dann Anrecht auf den in Absatz 1 erwähnten Zuschuss, wenn sie in den Genuss einer Basisförderung durch eine Gemeinde des deutschen Sprachgebietes kommen.

Bedingungen

Art. 13 - Zuschüsse werden nur gewährt, wenn der Antragsteller sich schriftlich dazu verpflichtet:

- die bezuschussten Gegenstände während zwölf Jahren ab dem Tag der Auszahlung der Zuschüsse weder gegen Bezahlung noch unentgeltlich abzutreten;
- der Regierung jederzeit die Überprüfung der Angaben zu ermöglichen und Einsicht in alle diesbezüglichen Unterlagen zu gewähren;
- die Regierung unverzüglich über seine Auflösung zu informieren.

Im Falle einer Auflösung werden die bezuschussten Gegenstände im Einverständnis mit der Regierung einem anderen Verband oder Verein für Amateurkunst zur Verfügung gestellt.

Höhe des Zuschusses

Art. 14 - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel bestimmt die Regierung den Höchstbetrag der Zuschüsse und die für deren Berechnung anwendbaren Prozentsätze.

Die Anträge auf Gewährung von Ausrüstungszuschüssen im Zusammenhang mit einer ständigen Jugendförderung finden vorrangige Berücksichtigung.

Antrag

Art. 15 - Ausrüstungszuschüsse werden nur gewährt, wenn vor jeder Bestellung oder jedem Ankauf das schriftliche Einverständnis der Regierung eingeholt wurde. Um den Zuschuss während des laufenden Haushaltsjahres erhalten zu können, reichen die Antragsteller ihren Antrag in doppelter Ausfertigung vor dem 31. März des betreffenden Jahres bei der Regierung ein.

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen:

1. eine Begründungserklärung zum Beweis der bestehenden Animation und der Notwendigkeit, dafür Ausrüstungsgegenstände anzuschaffen;
2. drei Kostenvoranschläge, wenn der Preis der Ausrüstung 5.500 EUR erreicht, anderenfalls genügt ein Kostenvoranschlag.

Auszahlung

Art. 16 - Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Vorlage und Prüfung der Originalrechnungen und Zahlungsbelege für die bezuschussbaren Ausgaben.

Verpflichtungen

Art. 17 - Ausrüstungsgegenstände, die mit aufgrund dieses Dekretes gewährten Zuschüssen angeschafft wurden, sind während 12 Jahren in einem ständigen Inventar aufzuführen. Dieses Inventar enthält mindestens folgende Angaben:

- das Ankaufsdatum;
- der Ankaufspreis;
- der Betrag des bewilligten Zuschusses;
- gegebenenfalls Bemerkungen über den Zustand der Gegenstände.

Die Ausrüstungsgegenstände, die mit aufgrund dieses Dekretes gewährten Zuschüssen angeschafft wurden, sind gegen Feuer zu versichern, wenn sie an ein und derselben Stelle aufbewahrt werden.

Rückforderung

Art. 18 - Bei Missachtung der Bestimmungen der Artikel 12 bis 17 des vorliegenden Dekretes fordert die Regierung die Zuschüsse ganz oder teilweise zurück.»

Aufhebende Bestimmung

Art. 18 - Die Artikel 18*bis*-22 desselben Dekretes sind aufgehoben.

Abschnitt 2 — Öffentliche Bibliotheken

Titel des Dekretes vom 15. Juni 1994

Art. 19 - Der Titel des Dekretes vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken wird um folgende Wortfolge ergänzt:

«und den Beirat für öffentliche Bibliotheken».

Abänderung von Artikel 1 desselben Dekretes

Art. 20 - Artikel 1 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

— § 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter «anerkannte Bibliotheken«, die Bibliotheken, die in den Genuss einer Basisförderung durch die Gemeinden kommen;»

— § 3 wird aufgehoben.

Der Beirat für öffentliche Bibliotheken

Art. 21 - Artikel 12 §§ 2 und 3 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2 - Der Beirat hat folgende Aufgaben:

1. das Erstellen von Gutachten zu allen Dekretvorentwürfen, die die öffentlichen Bibliotheken betreffen;
2. das Erstellen von Gutachten auf Antrag der Regierung oder aus eigener Initiative zu allen Fragen, die die öffentlichen Bibliotheken und Schulmediotheken betreffen;
3. die Vertretung der Interessen und das Bilden eines Forums der öffentlichen Bibliotheken und Schulmediotheken zur Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen öffentlichen Bibliotheken und Schulmediotheken;
4. die Entwicklung von Ideen und Denkanstößen hinsichtlich der Entwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. das Anregen von Maßnahmen und Aktionen zur Leseförderung;
6. das Erstellen eines Konzepts zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Bibliotheken;
7. die Darstellung des Bibliothekswesens in der breiten Öffentlichkeit;
8. die Gestaltung eines Netzwerks der Bibliotheken der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
9. die Aufnahme und die Pflege von Kontakten zu im Bibliotheksbereich tätigen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene.

§ 3 - Der Beirat setzt sich wie folgt zusammen:

1. ein Vertreter jeder öffentlichen Bibliothek des deutschen Sprachgebiets;
2. je ein Vertreter der im Verbund MediaDG kooperierenden Bibliotheken, Mediotheken bzw. Fachbibliotheken;
3. ein Vertreter der Regierung;
4. ein Vertreter des Verbandes der deutschsprachigen Bibliotheken und Bibliothekare Belgiens;
5. ein Vertreter des Medienzentrums.

Die unter 3-5 genannten Vertreter nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Beirates teil.»

Aufhebende Bestimmung

Art. 22 - Die Artikel 2 bis 11 sowie 14 bis 24 und 30 bis 32 desselben Dekrets sind aufgehoben.

Abänderung von Artikel 26 des Bibliothekendekretes

Art. 23 - Artikel 26 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «3. besondere Initiativen.»

Abschnitt 3 — Sportvereine

Abänderung von Artikel 3 des Sportdekretes

Art. 24 - Artikel 3 des Sportdekrets vom 19. April 2004 wird um eine neue Nummer 9 mit folgendem Wortlaut ergänzt: «9. Sportvereine: Vereinigungen, die in den Genuss einer Basisförderung für sportliche Aktivitäten durch eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets kommen.»

Abänderung von Artikel 5 des Sportdekretes

Art. 25 - In Artikel 5 desselben Dekrets wird der Wortlaut «Vereine und» gestrichen.

Abänderung von Artikel 6 des Sportdekretes

Art. 26 - In Artikel 6 Absatz 1 desselben Dekrets wird Nummer 5 aufgehoben.

Abänderung von Artikel 20 des Sportdekretes

Art. 27 - In Artikel 20 Absatz 1 desselben Dekrets werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. In Nummer 3 wird das Wort «gegebenenfalls» gestrichen;
2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Aufhebung einiger Artikel des Sportdekretes

Art. 28 - Die Artikel 8, 15 und 25 desselben Dekrets sind aufgehoben.

Abänderung von Artikel 31 des Sportdekretes

Art. 29 - In Artikel 31 Absatz 1 desselben Dekretes wird die Wortfolge «22, 23 und 25» durch die Wortfolge «22 und 23» ersetzt.

Abänderung des Dekretes über das Statut der Sportschützen

Art. 30 - Artikel 2 Nummer 5 des Dekretes vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «Schützenverein: Sportverein, der im Sportschießen tätig ist und in den Genuss einer Basisförderung durch eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets kommt;».

Abänderung des Dekretes zur Vorbeugung gesundheitlicher Schäden bei sportlicher Betätigung

Art. 31 - Artikel 2 Nummer 5 des Dekrets vom 30. Januar 2006 zur Vorbeugung gesundheitlicher Schäden bei sportlicher Betätigung wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «5. Sportverein: Verein, der in den Genuss einer Basisförderung für sportliche Aktivitäten durch eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets kommt;»

KAPITEL VII — *Schlussbestimmungen*

Aufhebende Bestimmungen

Art. 32 - Sind aufgehoben:

— Artikel 105 Absätze 2 und 3 des Grundlagengesetzes über die Öffentlichen Sozialhilfezentren vom 8. Juli 1976, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Dezember 1983;

— das Dekret vom 18. April 1995 zur Festlegung der Bezuschussungsregelungen für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen durch Verbände und Vereine für die Ausübung von Amateurkunst;

— das Dekret vom 16. Februar 1998 zur Anerkennung und Bezuschussung der im Bereich Folklore tätigen Vereine und Verbände;

— das Dekret vom 25. Mai 1999 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Kammermusikensembles;

— das Dekret vom 17. März 2008 über die kommunale Wegedotation;

— der Erlass der Regierung vom 14. Januar 1999 zwecks Festlegung der Kriterien zur Verteilung des Sonderfonds für Sozialhilfe unter die Öffentlichen Sozialhilfezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Übergangsbestimmung zu Artikel 9

Art. 33 - Die Gemeinden erhalten für die in Artikel 9 des vorliegenden Dekretes erwähnten Investitionen keine Zuschüsse in Anwendung des Infrastrukturdekretes vom 18. März 2002, mit Ausnahme der im Infrastrukturplan 2005-2009 genehmigten Projekte.

Die Kosten der vor dem 1. Januar 2008 getätigten Anleihen zur Finanzierung von Arbeiten am kommunalen Wegenetz kommen nicht in Betracht, um die Verwendung der Dotation zu rechtfertigen.

Übergangsbestimmung zu Artikel 11

Art. 34 - Die in Artikel 11 erwähnte Dotation ersetzt alle Leistungen der Basisförderung, die den Zuschussempfängern aufgrund vorher geltender Zuschussverfahren zustehen.

Inkrafttreten

Art. 35 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 15. Dezember 2008

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung
O. PAASCH

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport
Frau I. WEYKMANS

 Note

(1) *Sitzungsperiode 2008-2009.*

Dokumente des Parlamentes. — 136 (2008-2009) Nr. 1 Dekretvorschlag. — 136 (2008-2009) Nr. 2 Abänderungsvorschlag. — 136 (2008-2009) Nr. 3 Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung, Sitzung vom 15. Dezember 2008.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2009 — 268

[C — 2009/33000]

19 DÉCEMBRE 2008. — Décret portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophoneCHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Objectif

Article 1^{er}. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde aux communes de la région de langue allemande une dotation annuelle comprenant :

1. une dotation communale destinée à financer les missions générales des communes;
2. une dotation « voiries » destinée à financer les investissements dans les voiries communales;
3. une dotation destinée à assurer l'encouragement de base des associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives ainsi que des bibliothèques publiques.

Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde aux Centres publics d'aide sociale de la région de langue allemande une dotation annuelle destinée à financer leurs missions générales.

Versement

Art. 2. Les dotations visées à l'article 1^{er} sont versées en douzièmes mensuels. Le paiement a lieu avant le 22 de chaque mois.

CHAPITRE II. — *La dotation communale***Art. 3.** Montant de la dotation communale

§ 1^{er}. La dotation communale s'élève à 16.555.285 EUR.

A partir de l'année budgétaire 2010, ce montant sera adapté chaque année à un taux de croissance calculé conformément à la formule prévue par l'article 33bis, § 1^{er}, alinéa 4, de la loi spéciale de financement du 16 janvier 1989, modifiée par les lois spéciales du 16 juillet 1993 et du 13 juillet 2001. Le cas échéant, celui-ci sera augmenté en fonction de l'augmentation du taux de croissance de la dotation accordée à la Communauté germanophone par la Région wallonne en exécution des décrets de la Communauté germanophone du 1^{er} juin 2004 et de la Région wallonne du 27 mai 2004 relatifs à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés.

En cas d'augmentation du montant de base de la dotation visée à l'alinéa 2, la dotation communale sera augmentée dans les mêmes proportions.

§ 2. La dotation communale sera distribuée aux communes de la région de langue allemande via une dotation des recettes et une dotation des dépenses, conformément aux dispositions du présent décret.

Dotation des recettes

Art. 4. Du montant total de la dotation communale, les communes reçoivent d'abord une dotation des recettes, calculée suivant les dispositions suivantes.

Sur base des recettes communales annuelles en provenance de l'impôt additionnel sur le revenu des personnes physiques, le produit par habitant d'un centime additionnel sera calculé pour chaque commune. A partir de là, le produit moyen par habitant de la Communauté germanophone sera calculé. Si, pour une commune, le produit par habitant d'un centime additionnel est inférieur à ce produit moyen, une compensation sera calculée à partir de la différence entre les deux produits, multipliée par le nombre d'habitants de la commune et le taux moyen de l'impôt additionnel de la Communauté germanophone. Le taux moyen de l'impôt additionnel résulte de la pondération entre les différents taux d'imposition des communes et leur nombre d'habitants.

Ce calcul sera effectué sur base des chiffres des six dernières années pour lesquelles ces informations sont disponibles. Chaque commune reçoit, comme dotation des recettes, la moyenne de la compensation de ces six années.

Dotation des dépenses

Art. 5. Le solde de la dotation communale est réparti comme suit entre les communes, sous forme de dotations des dépenses :

- cinq pour cent à parts égales;
- quarante-cinq pour cent en fonction du nombre d'habitants de la commune;
- vingt pour cent en fonction du nombre de travailleurs assujettis à la sécurité sociale sur le territoire communal le 31 décembre;
- quinze pour cent en fonction du nombre moyen de chômeurs indemnisés complets dans la commune pendant un an;
- quinze pour cent en fonction de la superficie globale de la commune.

Les mesures utilisées s'appuient sur les chiffres moyens des six dernières années pour lesquelles ces informations sont disponibles.

Calcul

Art. 6. Le Gouvernement fixe chaque année le montant par commune calculé en application des articles 4 et 5.

Lorsque ce calcul montre que la somme de la dotation communale et de la dotation d'aide sociale, calculée conformément au chapitre V, est inférieure à 90 % du montant correspondant de l'année précédente, le montant nécessaire pour arriver à cette somme sera d'abord prélevé sur la dotation des dépenses, après calcul de la dotation des recettes pour l'ensemble des communes. Ensuite, il est procédé au calcul, prévu à l'article 5, pour la répartition de la dotation des dépenses aux autres communes.

CHAPITRE III. — *Dotation des voiries*

Montant de la dotation des voiries

Art. 7. La dotation globale pour les voiries communales s'élève à :

- pour l'année budgétaire 2009 : à 850.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2010 : à 900.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2011 : à 1.000.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2012 : à 1.100.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2013 : à 1.250.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2014 : à 1.400.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2015 : à 1.800.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2016 : à 2.200.000 EUR,
- pour l'année budgétaire 2017 : à 2.600.000 EUR et
- pour l'année budgétaire 2018 : à 3.000.000 EUR.

A partir de l'année budgétaire 2019, le montant de 3.000.000 EUR sera adapté chaque année à un taux de croissance calculé selon la formule prévue à l'article 33bis, § 1^{er}, alinéa 4 de la loi spéciale de financement du 16 janvier 1989, modifiée par les lois spéciales du 16 juillet 1993 et du 13 juillet 2001.

Clé de répartition

Art. 8. Le montant global de la dotation visée à l'article 7 est réparti comme suit :

1. trente pour cent du montant global par parts égales;
2. vingt pour cent du montant global en fonction de la longueur du réseau des voiries communales sur le territoire de la commune;
3. cinquante pour cent du montant global en fonction de la surface bâtie sur le territoire de la commune.

Le Gouvernement relève les données concernant la longueur des voiries communales et la surface bâtie. Il actualise ces données tous les trois ans.

Le Gouvernement fixe chaque année le montant par commune calculé en application des alinéas 1 et 2.

Investissements acceptés

Art. 9. Les investissements visés à l'article 1^{er}, alinéa 1, 2^o, comprennent les travaux et les achats suivants, y compris les études éventuelles et les essais préalables :

1. la création et l'entretien de voies publiques;
2. la création et l'entretien de parkings aménagés dans l'espace public, à condition que ces travaux respectent le plan de mobilité communal, s'il en existe un;
3. la construction et l'entretien d'aqueducs et de canalisation, lorsque ces travaux ne sont pas pris en charge par la Société wallonne de distribution d'eau;
4. l'aménagement, l'extension, le déplacement et le renouvellement de l'éclairage public.

Contrôle de l'utilisation de la dotation des voiries communales

Art. 10. Le Gouvernement contrôle l'utilisation des fonds de la dotation des voiries communales via la reddition des comptes annuelle des communes.

Tous les frais liés directement ou indirectement aux voiries communales entrent en ligne de compte pour la justification de l'utilisation des fonds.

Le Gouvernement réclame le remboursement des fonds non utilisés aux fins prévues dans les six ans de leur versement. Des intérêts au taux légal sont calculés sur ces montants.

CHAPITRE IV. — *Dotation pour l'encouragement de base des associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives ainsi que des bibliothèques publiques*

Montant

Art. 11. La dotation globale pour l'encouragement de base des associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives ainsi que des bibliothèques publiques s'élève à 419.500 EUR.

Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Commune	Associations culturelles et folkloriques	Associations sportives et récréatives	Bibliothèques publiques	Total
Ambève	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Bullange	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Bütgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	49.000 EUR	17.000 EUR	84.500 EUR
La Calamine	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
Saint-Vith	25.500 EUR	28.500 EUR	17.000 EUR	71.000 EUR
Total	137.000 EUR	198.500 EUR	84.000 EUR	419.500 EUR

Ces montants seront indexés chaque année à partir de l'année budgétaire 2010.

Encouragement de base

Art. 12. § 1^{er}. Seules les associations et les bibliothèques publiques régulièrement actives dans la commune depuis un an ont droit à un encouragement de base.

Chaque commune fixe des critères objectifs, pertinents et appropriés pour le subventionnement des associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives ainsi que des bibliothèques publiques.

Les critères fixés par la commune tiennent compte au moins

1. pour les associations culturelles, folkloriques, sportives et récréatives :
 - du nombre de membres;
 - des activités régulières;
2. pour les associations culturelles et sportives : du nombre de jeunes membres;
3. pour les bibliothèques publiques :
 - des heures d'ouverture régulières;
 - de la gestion régulière du contenu.

§ 2. Tant que les communes n'auront pas fixé les critères visés au § 1^{er}, les dispositions actuelles réglant le subventionnement en Communauté germanophone seront d'application dans ces communes, notamment :

1. pour les associations d'art amateur : le décret du 28 juin 1988 réglant l'agrément et le subventionnement des associations d'art amateur, dans sa version du 31 décembre 2008;
2. pour les ensembles de musique de chambre : le décret du 25 mai 1999 réglant l'agrément et le subventionnement des ensembles de musique de chambre, dans sa version du 31 décembre 2008;
3. pour les ensembles folkloriques : le décret du 16 février 1998 réglant l'agrément et le subventionnement des ensembles folkloriques, dans sa version du 31 décembre 2008;
4. les associations sportives : le décret du 19 avril 2004, dans sa version du 31 décembre 2008;
5. les organisations de loisirs : la circulaire du 23 décembre 2002 relative à l'encouragement des associations récréatives en Communauté germanophone;
6. pour les bibliothèques publiques : le décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques, dans sa version du 31 décembre 2008.

Contrôle de l'utilisation de la dotation

Art. 13. Le Gouvernement contrôle l'utilisation des fonds accordés sur base de l'article 11 du présent décret via la reddition des comptes annuelle des communes.

Le Gouvernement réclame le remboursement des fonds non utilisés aux fins prévues au cours de l'année budgétaire.

CHAPITRE V. — Dotation d'aide sociale

Montant de la dotation d'aide sociale

Art. 14. § 1^{er}. Le montant de la dotation d'aide sociale s'élève à 1.839.476 EUR.

A partir de l'année budgétaire 2010, ce montant sera adapté chaque année à un taux de croissance calculé conformément à la formule prévue par l'article 33bis, § 1, alinéa 4, de la loi spéciale de financement du 16 janvier 1989, modifiée par les lois spéciales du 16 juillet 1993 et du 13 juillet 2001. Le cas échéant, celui-ci sera augmenté en fonction de l'augmentation du taux de croissance de la dotation accordée à la Communauté germanophone par la Région wallonne en exécution des décrets de la Communauté germanophone du 1^{er} juin 2004 et de la Région wallonne du 27 mai 2004 relatifs à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés.

§ 2. La dotation d'aide sociale est répartie entre les Centres publics d'aide sociale conformément aux dispositions du présent décret.

Clé de répartition

Art. 15. La dotation d'aide sociale est répartie entre les Centres publics d'aide sociale des communes de la région de langue allemande d'après les critères suivants :

- cinq pour cent par parts égales;
- sept pour cent en fonction du nombre d'habitants enregistrés comme emprunteurs négatifs;
- huit pour cent en fonction du nombre de bénéficiaires de l'aide sociale assimilée;
- dix pour cent en fonction du nombre d'habitants dont l'âge dépasse l'espérance de vie moyenne de la population belge;
- douze pour cent en fonction du nombre d'habitations destinées à l'accueil d'urgence sur le territoire communal;
- vingt pour cent en fonction du nombre de lits de maison de repos reconnus et de lits de maison de repos et de soins reconnus dont le déficit est supporté en tout ou en partie par le Centre public d'aide social ou la commune;
- trente-huit pour cent en fonction du nombre d'habitants bénéficiaires du revenu d'insertion.

Les mesures utilisées s'appuient sur les chiffres moyens des six dernières années pour lesquelles ces informations sont disponibles.

Le Gouvernement fixe chaque année le montant par Centre public d'aide sociale calculé en application des alinéas 1 et 2.

CHAPITRE VI. — *Dispositions modificatives*Section 1^{re}. — Art amateur

Titre du décret du 28 juin 1988

Art. 16. Le titre du décret du 28 juin 1988 réglant le subventionnement des associations d'art amateur, modifié la dernière fois le 20 février 2006, est modifié comme suit :

« Décret relatif au classement et au subventionnement des associations d'art amateur et des ensembles de musique de chambre ».

Contenu du décret relatif au classement et au subventionnement des associations d'art amateur
et des ensembles de musique de chambre

Art. 17. Les articles 1^{er} à 18 du même décret sont remplacés par les articles suivants :

« Chapitre I^{er}. — *Dispositions générales*

Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, il y a lieu d'entendre par :

1. art amateur : toute forme d'art permettant à une personne de s'épanouir et de développer librement, de manière non professionnelle, sa créativité par le contact avec l'art;
2. association d'art amateur : tout regroupement autonome de personnes physiques dont l'activité principale se situe dans le domaine de l'art amateur;
3. volet artistique : une forme d'art ou un groupe cohérent de formes d'art appartenant à une des expressions suivantes : musique instrumentale, chant ou théâtre;
4. ensemble de musique de chambre : toute association autonome de personnes physiques dont l'activité principale se situe dans le domaine de la musique instrumentale classique et qui compte, outre le directeur artistique, au moins quatre et maximum six membres actifs;
5. Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone.

CHAPITRE II. — *Classement*

Classement

Art. 2. § 1^{er}. Le Gouvernement organise, par volet artistique, un classement des associations d'art amateur et des ensembles de musique de chambre qui :

1. ont leur siège dans la région de langue allemande et y exercent leur activité principale;
2. sont constituées sous forme d'association sans but lucratif;
3. existent depuis un an au moins et organisent leurs propres spectacles dans la région de langue allemande ou y participent à des manifestations;
4. chaque année donnent un minimum de spectacles publics dont le Gouvernement fixe le nombre par volet artistique;
5. outre leur directeur artistique, comptent un minimum de membres, que le Gouvernement fixe pour les associations d'art amateur en fonction du volet artistique.

Le classement des associations d'art amateur est organisé par volet artistique.

Le classement des ensembles de musique de chambre est organisé tous les quatre ans.

§ 2. Le Gouvernement arrête :

- les catégories du classement;
- les organisateurs;
- la distribution artistique;
- les procédures de classement;
- la validité du classement.

Le Gouvernement met en place des jurys spécialisés qui proposent le classement des candidats admis.

Subventions

Art. 3. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde aux associations d'art amateur et aux ensembles de musique de chambre classés une prime en fonction de la catégorie de classement, dont il fixe le montant.

Le Gouvernement peut accorder à toutes les associations d'art amateur et à tous les ensembles de musique de chambre bénéficiant d'un encouragement de base de la part d'une commune une subvention pour des initiatives spéciales.

CHAPITRE III. — *Associations d'art amateur à valeur artistique élevée*

Agréation

Art. 4. Sur proposition d'un des jurys spécialisés visés à l'article 2, § 2, alinéa 2, le Gouvernement peut agréer des associations d'art amateur en tant qu'association d'art amateur à valeur artistique élevée.

Subvention

Art. 5. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde chaque année aux associations d'art amateur à valeur artistique élevée une subvention pour les activités de l'année précédente à concurrence de

- 75 % des dépenses visées à l'article 6, 1°;
- 60 % des dépenses visées à l'article 6, 3°;
- 50 % des dépenses visées à l'article 6, 2°, 4° et 5°.

Pour avoir droit à la subvention, l'association d'art amateur à valeur artistique élevée doit

- pouvoir faire état d'une comptabilité régulière, vérifiable à tout moment par le Gouvernement au siège de l'association;
- donner au moins six spectacles publics par année, dont au moins un à l'intérieur et au moins un à l'extérieur de la région de langue allemande;
- déposer chaque année un rapport sur les activités de l'année précédente.

Dépenses éligibles

Art. 6. Pour le calcul de la subvention annuelle, les dépenses justifiées sont éligibles dans les domaines suivants, dans la mesure où elles ne sont pas déjà couvertes par des subventions accordées par la Communauté germanophone ou par d'autres pouvoirs publics :

1. les dépenses pour la rémunération
 - a) du directeur artistique;
 - b) du personnel du secrétariat à raison de deux heures maximum par semaine;
2. les dépenses de secrétariat, de publicité et d'assurance ainsi que les cotisations aux fédérations nationales et internationales;
3. les dépenses liées immédiatement à l'organisation de manifestations;
3. les dépenses couvrant les frais de déplacement à l'occasion des spectacles à l'étranger dont le Gouvernement a approuvé le subventionnement sur base d'un programme présenté au début de l'année;
5. les dépenses pour l'achat de matériel.

Avances

Art. 7. Les associations d'art amateur à valeur artistique élevée peuvent recevoir une avance sur la subvention annuelle conformément aux modalités à fixer par le Gouvernement.

Mission du Gouvernement

Art. 8. Le Gouvernement définit :

- la procédure d'agréation des associations d'art amateur à valeur artistique élevée;
- les conditions et la procédure de retrait de l'agréation;
- la procédure de demande et de paiement des subventions accordées aux associations d'art amateur à valeur artistique élevée.

CHAPITRE IV. — *Ensembles de musique de chambre à valeur artistique élevée*

Agréation

Art. 9. Sur proposition d'un des jurys spécialisés visés à l'article 2, § 2, alinéa 2, le Gouvernement peut agréer des ensembles de chambre de musique en tant qu'ensembles de chambre de musique à valeur artistique élevée.

Subvention

Art. 10. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, les ensembles de chambre de musique à valeur artistique élevée reçoivent chaque année une subvention forfaitaire maximale de 2.000 EUR pour les activités de l'année précédente.

Pour avoir droit à la subvention, l'ensemble de chambre de musique à valeur artistique élevée doit

- pouvoir faire état d'une comptabilité régulière, vérifiable à tout moment par le Gouvernement au siège de l'association;
- donner au moins cinq spectacles publics par année, dont au moins un à l'intérieur et au moins un à l'extérieur de la région de langue allemande;
- déposer chaque année un rapport sur les activités de l'année précédente.

Les subventions ne sont versées qu'à concurrence des dépenses éligibles justifiées. Le Gouvernement peut fixer des catégories de dépenses éligibles et des plafonds par catégorie.

La première subvention est versée sur base des activités de l'année d'agréation.

Retrait de l'agréation

Art. 11. Le Gouvernement retire l'agréation en tant qu'ensemble de musique de chambre à valeur artistique élevée lorsque les conditions liées à l'agréation ne sont plus remplies.

CHAPITRE VI. — *Subventions pour les biens d'équipement destinés à l'exercice d'un art amateur*

Subvention

Art. 12. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde aux fédérations et aux associations d'art amateur organisant régulièrement des activités à participation nombreuse et durable des subventions pour l'acquisition de biens d'équipement destinés à l'exercice d'une activité culturelle et ne faisant pas partie d'une infrastructure, dont le but est de couvrir une partie des frais liés au renouvellement ou à l'élargissement de l'équipement de base.

Les associations n'ont droit à la subvention visée à l'alinéa 1 que s'ils peuvent bénéficier d'un encouragement de base de la part d'une commune de la région de langue allemande.

Conditions

Art. 13. Les subventions ne sont accordées que si le demandeur s'engage par écrit :

- à ne pas céder les objets subventionnés contre paiement ou à titre gracieux dans les douze ans suivant la date de paiement des subventions;
- à donner à tout moment au Gouvernement la possibilité de vérifier les indications et à avoir accès à tous les documents;
- à informer immédiatement le Gouvernement de sa dissolution.

Montant de la subvention

Art. 14. Dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, le Gouvernement fixe le plafond des subventions et les pourcentages applicables pour leur calcul.

Les demandes d'octroi de subventions d'équipement dans le cadre d'un encouragement permanent des jeunes bénéficient d'un traitement prioritaire.

Demande

Art. 15. Les subventions d'équipement ne sont accordées que si l'accord écrit du Gouvernement a été obtenu avant chaque commande ou chaque achat. Pour pouvoir recevoir la subvention pendant l'année budgétaire en cours, les demandeurs introduisent avant le 31 mars de l'année concernée une demande en double exemplaire auprès du Gouvernement.

Les documents suivants doivent être joints à la demande :

1. une justification attestant de l'existence de l'animation et de la nécessité d'acquérir des biens d'équipement pour celle-ci;
2. trois devis lorsque le prix de l'équipement atteint 5.500 EUR; dans les autres cas, un seul devis suffit.

Paiement

Art. 16. Le paiement de la subvention a lieu après présentation et vérification de l'original des factures et des pièces justificatives pour les dépenses éligibles.

Obligations

Art. 17. Les biens d'équipement acquis à l'aide de subventions accordées en vertu du présent décret doivent figurer pendant 12 ans dans un inventaire permanent. Cet inventaire contient au moins les indications suivantes :

- la date d'achat;
- le prix d'achat;
- le montant de la subvention accordée; et
- le cas échéant, les remarques sur l'état des objets.

Les biens d'équipement acquis à l'aide de subventions accordées en vertu du présent décret doivent être assurés contre le feu s'ils sont entreposés dans un seul et même endroit.

Remboursement

Art. 18. En cas de violation des dispositions des articles 12 à 17 du présent décret, le Gouvernement réclame le remboursement total ou partiel des subventions. »

Disposition abrogatoire

Art. 18. Les articles 18*bis* à 22 du même décret sont abrogés.

Section 2. — Bibliothèques publiques

Titre du décret du 15 juin 1994

Art. 19. Le titre du décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques est complété comme suit :

« et le Conseil consultatif des bibliothèques publiques ».

Modification de l'article 1^{er} du même décret

Art. 20. L'article 1^{er} du même décret est modifié comme suit :

— § 1^{er} est remplacé par le texte suivant :

« § 1^{er}. Pour l'application du présent décret, il y a lieu d'entendre par « bibliothèques agréées » les bibliothèques bénéficiant d'un encouragement de base de la part des communes; »

— § 3 est abrogé.

Le Conseil consultatif des bibliothèques publiques

Art. 21. L'article 2, §§ 2 et 3, du même décret, modifié par le décret du 1^{er} mars 2004 est remplacé par le texte suivant :

« § 2. Le Conseil consultatif a pour mission :

1. de donner son avis sur tous les avant-projets de décrets concernant les bibliothèques publiques;
2. de donner son avis, à la demande du Gouvernement ou de sa propre initiative, sur toutes les questions concernant les bibliothèques publiques et les médiathèques scolaires;
3. de défendre les intérêts et de créer un forum des bibliothèques publiques et des médiathèques scolaires afin d'encourager la coopération et l'échange de vues entre les bibliothèques publiques et les médiathèques scolaires;
4. de développer des idées et de faire des suggestions pour le développement des bibliothèques publiques en Communauté germanophone;
5. de suggérer des mesures et des campagnes pour la promotion de la lecture;
6. de développer un concept pour la formation et la formation continue des collaboratrices et des collaborateurs des bibliothèques publiques;
7. de défendre la cause des bibliothèques publiques dans l'opinion publique;
8. de mettre en réseau les bibliothèques de la Communauté germanophone;
9. de nouer et d'entretenir des contacts avec les organisations actives dans le secteur des bibliothèques sur le plan national et international.

§ 3. Le Conseil consultatif est composé comme suit :

1. un représentant par bibliothèque publique de la région de langue allemande;
2. un représentant des bibliothèques, médiathèques et bibliothèques spécialisées collaborant au sein de l'association « Verbund Media DG »;
3. un représentant du Gouvernement;
4. un représentant de la Fédération des bibliothèques et des bibliothécaires belges;
5. un représentant du Centre médiatique.

Les représentants mentionnés aux points 3 à 5 participent avec voix consultative aux réunions du Conseil. »

Disposition abrogatoire

Art. 22. Les articles 2 à 11, 14 à 24 et 30 à 32 du même décret sont abrogés.

Modification de l'article 26 du décret sur les bibliothèques

Art. 23. L'article 26, alinéa 1, 3^o, du même décret est remplacé par le texte suivant : « 3. initiatives spéciales. »

Section 3. — Associations sportives

Modification de l'article 3 du décret sur le sport

Art. 24. L'article 3 du décret du 19 avril 2004 sur le sport est complété par un nouveau numéro 9 libellé comme suit : « 9. Associations sportives : associations bénéficiant de la part d'une commune de la région de langue allemande d'un encouragement de base pour des activités sportives. »

Modification de l'article 5 du décret sur le sport

Art. 25. A l'article 5 du même décret, les mots « Vereine und » (associations et) sont supprimés.

Modification de l'article 6 du décret sur le sport

Art. 26. A l'article 6, alinéa 1, du même décret, le numéro 5 est supprimé.

Modification de l'article 20 du décret sur le sport

Art. 27 - L'article 20, alinéa 1^{er}, du même décret est modifié comme suit :

1. au 3^o les mots "le cas échéant" sont abrogés;
2. le 4^o est abrogé.

Abrogation de différents articles du décret sur le sport

Art. 28. Les articles 8, 15 et 25 du même décret sont abrogés.

Modification de l'article 31 du décret sur le sport

Art. 29. A l'article 31, alinéa 1, du même décret, les mots « 22, 23 und 25 » sont remplacés par les mots « 22 et 23 ».

Modification du décret sur le statut des tireurs sportifs

Art. 30. L'article 2, 5^o, du décret du 20 novembre 2006 sur le statut des tireurs sportifs est remplacé par le texte suivant : « club de tir : association sportive pratiquant le tir et bénéficiant d'un encouragement de base de la part d'une commune de la région de langue allemande. »

Modification du décret sur la prévention de risques pour la santé lors de la pratique du sport

Art. 31. L'article 2, 5^o, du décret sur la prévention de risques pour la santé lors de la pratique du sport est remplacé par le texte suivant : « 5. Association sportive : association bénéficiant de la part d'une commune de la région de langue allemande d'un encouragement de base pour des activités sportives. »

CHAPITRE VI. — *Dispositions finales*

Dispositions abrogatoires

Art. 32. Sont abrogés :

- l'article 105, alinéas 2 et 3, de la loi organique du 8 juillet 1976 sur les Centres publics d'aide sociale, modifiée par la loi du 31 décembre 1983;
- le décret du 18 avril 1995 fixant les critères de subventionnement pour l'acquisition de biens d'équipement par des fédérations et des associations pour la pratique de l'art amateur;
- le décret du 16 février 1998 sur l'agrégation et le subventionnement des associations et des fédérations actives dans le domaine du folklore;
- le décret du 25 mai 1999 réglant l'agrégation et le subventionnement des ensembles de musique de chambre;
- le décret du 17 mars 2008 sur la dotation des voiries communales;
- l'arrêté du Gouvernement du 14 janvier 1999 fixant les critères de répartition du Fonds spécial d'aide sociale entre les Centres publics d'aide sociale de la Communauté germanophone.

Disposition transitoire pour l'article 9

Art. 33. Les communes ne reçoivent pas de subvention en application du décret d'infrastructure du 18 mars 2002 pour les investissements visés à l'article 9 du présent décret, à l'exception des projets approuvés par le plan d'infrastructure 2005-2009.

Les frais liés aux emprunts contractés avant le 1^{er} janvier 2008 pour le financement de travaux aux voiries communales n'entrent pas en ligne de compte pour justifier l'affectation de la dotation.

Disposition transitoire pour l'article 11

Art. 34. La dotation visée à l'article 11 remplace toutes les prestations de l'encouragement de base auxquelles les bénéficiaires des subventions ont droit en vertu de procédures de subventionnement antérieures.

Entrée en vigueur

Art. 35. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2009.

Eupen, le 15 décembre 2008.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux,

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires et du Tourisme,

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,

I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments,
de la Jeunesse et des Sports,

Session 2008-2009

Documents du Parlement : 136 (2008-2009) N° 1 : Projet de décret. — 136 (2008-2009) N° 2 : Propositions d'amendement. — 136 (2008-2009) N° 3 : Rapport

Rapport intégral : Discussion et vote - Séance du 15 décembre 2008.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 268

[C - 2009/33000]

19 DECEMBER 2008. — Decreet betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Doelstelling

Artikel 1. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen kent de Regering aan de gemeenten van het Duitse taalgebied een jaarlijkse donatie toe, bestaande uit volgende delen :

1. een gemeentedotatie, bestemd voor de financiering van de algemene werking van de gemeenten;
2. een dotatie voor gemeentewegen, bestemd voor de financiering van investeringen met betrekking tot het gemeentelijk wegennet;
3. een dotatie, bestemd ter verzekering van de basisondersteuning van cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen alsook van de openbare bibliotheken.

Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen kent de Regering aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van het Duitse taalgebied een jaarlijkse dotatie toe, bestemd voor de financiering van de algemene werking.

Uitbetaling

Art. 2. De in artikel 1 bedoelde dotaties worden in maandelijke twaalfden betaald. De betaling vindt telkens plaats voor de 22e dag van elke maand.

HOOFDSTUK II. — *Gemeentedotatie*

Bedrag van de gemeentedotatie

Art. 3. § 1. Het bedrag van de gemeentedotatie beloopt 16.555.285 EUR.

Vanaf het begrotingsjaar 2010 wordt dit bedrag jaarlijks aangepast aan een groeipercentage, dat overeenkomstig de in artikel 33*bis*, § 1, lid 4, van de bijzondere financieringswet van 16 januari 1989, gewijzigd door de bijzondere wetten van 16 juli 1993 en van 13 juli 2001, vastgelegde formule wordt berekend. Dit wordt eventueel verhoogd in overeenstemming met de toename van het groeipercentage van de dotatie, die door het Waalse Gewest aan de Duitstalige Gemeenschap wordt toegekend in uitvoering van het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 1 juni 2004 en van het Waalse Gewest van 27 mei 2004 betreffende de uitoefening van bepaalde bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake ondergeschikte besturen door de Duitstalige Gemeenschap.

Bij een verhoging van het basisbedrag van de in lid 2 bedoelde dotatie wordt de gemeentedotatie overeenkomstig aangepast.

§ 2. De gemeentedotatie wordt middels een ontvangstendotatie en een uitgavendotatie volgens de bepalingen van voorliggend decreet onder de gemeenten van het Duitse taalgebied verdeeld.

Ontvangstendotatie

Art. 4. Van het totaalbedrag van de gemeentedotatie ontvangen de gemeenten eerst een ontvangstendotatie, die overeenkomstig onderstaande bepalingen wordt berekend.

Op basis van de jaarlijkse gemeent ontvangsten uit de opcentiemen op het inkomen van natuurlijke personen wordt voor elke gemeente de opbrengst per inwoner van één honderdste aanvullende belasting berekend. Aan de hand hiervan wordt de gemiddelde opbrengst per inwoner van de Duitstalige Gemeenschap bepaald. Licht voor een gemeente de opbrengst per inwoner van één honderdste aanvullende belasting onder de gemiddelde opbrengst, dan wordt een correctie berekend voor het verschil tussen beide opbrengsten, die dan wordt vermenigvuldigd met het aantal inwoners van de gemeente en de gemiddelde opcentiemen van de Duitstalige Gemeenschap. Het resultaat zijn gemiddelde opcentiemen, die voortvloeien uit de weging van de afzonderlijke belastingaanslagen van de gemeenten en van het aantal inwoners.

Deze berekening wordt uitgevoerd aan de hand van de waarden van de voorbije zes jaar, waarover er informatie beschikbaar is. Elke gemeente ontvangt als ontvangstendotatie de gemiddelde waarde van de correctie van deze zes jaar.

Uitgavendotatie

Art. 5. Het overige deel van de gemeentedotatie wordt als uitgavendotatie als volgt onder de gemeenten verdeeld :

- vijf percent in gelijke delen;
- vijfenveertig percent naar rato van het aantal inwoners van de gemeente;
- twintig percent naar rato van het aantal verplicht verzekerde werknemers op het grondgebied van de gemeente die op 31 december actief zijn;
- vijftien percent naar rato van het gemiddelde aantal uitkeringsgerechtigde volledig werklozen in de gemeente gedurende een jaar;
- vijftien percent naar rato van de totale oppervlakte van de gemeente.

Voor de gebruikte meetwaarden gelden de gemiddelde cijfers van de voorbije zes jaar waarover er informatie beschikbaar is.

Berekening

Art. 6. De Regering berekent jaarlijks het in toepassing van de artikels 4 en 5 bepaalde bedrag per gemeente.

Wanneer deze berekening ertoe leidt dat het bedrag van de gemeentedotatie en de overeenkomstig Hoofdstuk V berekende dotatie voor sociale zorg minder belopen dan 90 % van het overeenkomstige bedrag van het voorgaande jaar, wordt na de bepaling van de ontvangstendotatie voor alle gemeenten eerst de uitgavendotatie van het bedrag afgetrokken om aan het bedrag te komen. Nadien vindt de in artikel 5 bepaalde berekening voor de verdeling van de uitgavendotatie aan de overige gemeenten plaats.

HOOFDSTUK III. — *Dotatie voor gemeentewegen*

Bedrag van de dotatie voor gemeentewegen

Art. 7. De globale dotatie voor gemeentewegen beloopt :

- voor het begrotingsjaar 2009 : 850.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2010 : 900.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2011 : 1.000.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2012 : 1.100.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2013 : 1.250.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2014 : 1.400.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2015 : 1.800.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2016 : 2.200.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2017 : 2.600.000 EUR;
- voor het begrotingsjaar 2018 : 3.000.000 EUR.

Vanaf het begrotingsjaar 2019 wordt het bedrag van 3.000.000 EUR jaarlijks aangepast aan het groeipercentage, dat overeenkomstig de in artikel 33*bis*, § 1, lid 4, van de bijzondere financieringswet van 16 januari 1989, gewijzigd door de bijzondere wetten van 16 juli 1993 en van 13 juli 2001, bepaalde formule wordt berekend.

Verdeelsleutel

Art. 8. De in artikel 7 bedoelde globale dotatie wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld :

4. dertig percent van het totaalbedrag in gelijke delen;
5. twintig percent van het totaalbedrag naar rato van de lengte van het gemeentelijk wegennet op het grondgebied van de gemeente;
6. vijftig percent van het totaalbedrag naar rato van de bebouwde oppervlakte op het grondgebied van de gemeente.

De Regering verzamelt de gegevens met betrekking tot de lengte van het wegennet en de bebouwde oppervlakte. Deze gegevens worden driejaarlijks geactualiseerd.

De Regering berekent jaarlijks het in toepassing van leden 1 en 2 bepaalde bedrag per gemeente.

Aannemelijke investeringen

Art. 9. De in artikel 1, lid 1, nummer 2, bedoelde investeringen omvatten volgende werkzaamheden en aankopen, met inbegrip van eventuele studies en vooraf uitgevoerde proeven :

5. de aanleg en het onderhoud van het net van openbare verkeerswegen;
6. de aanleg en het onderhoud van de op het openbaar gebied ingerichte parkeerplaatsen voor zover deze werkzaamheden in het eventueel beschikbare gemeentelijke mobiliteitsplan zijn opgenomen;
7. de bouw en het onderhoud van aquaducten en rioleringen voor zover de kosten van deze werkzaamheden niet door de Waalse watervoorzieningsmaatschappij worden gedragen;
8. de installatie, uitbreiding, verplaatsing en vernieuwing van straatverlichting.

Toezicht op het gebruik van de dotatie voor gemeentewegen

Art. 10. De Regering ziet toe op het gebruik van de middelen van de dotatie voor gemeentewegen aan de hand van de jaarrekeningen van de gemeenten.

Voor alle kosten die rechtstreeks of niet rechtstreeks verband houden met het gemeentelijke wegennet, dient het gebruik van de middelen te worden gerechtvaardigd.

De Regering vordert gelden terug die binnen zes jaar na de betaling ervan, niet doeltreffend werden gebruikt. Op deze bedragen wordt een interest tegen de wettelijke rentevoet berekend.

HOOFDSTUK IV. — *Dotatie voor de basisondersteuning voor cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen alsook openbare bibliotheken*

Bedrag

Art. 11. De globale dotatie voor de basisondersteuning voor cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen alsook openbare bibliotheken belooft 419.500 EUR.

Dit bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld :

Gemeente	Cultuur- en folkloreverenigingen	Sport- en vrijetijdsverenigingen	Openbare bibliotheken	Totaal
Amel	15.500 EUR	15.000 EUR	11.000 EUR	41.500 EUR
Büllingen	17.500 EUR	19.500 EUR	9.500 EUR	46.500 EUR
Burg-Reuland	16.500 EUR	4.000 EUR	4.500 EUR	25.000 EUR
Bütgenbach	15.000 EUR	29.500 EUR	11.000 EUR	55.500 EUR
Eupen	18.500 EUR	49.000 EUR	17.000 EUR	84.500 EUR
Kelmis	11.500 EUR	25.000 EUR	6.000 EUR	42.500 EUR
Lontzen	5.000 EUR	8.000 EUR	1.000 EUR	14.000 EUR
Raeren	12.000 EUR	20.000 EUR	7.000 EUR	39.000 EUR
Saint-Vith	25.500 EUR	28.500 EUR	17.000 EUR	71.000 EUR
Totaal	137.000 EUR	198.500 EUR	84.000 EUR	19.500 EUR

Vanaf het begrotingsjaar 2010 worden deze bedragen jaarlijks geïndexeerd.

Basiondersteuning

Art. 12. § 1. Alleen verenigingen en openbare bibliotheken, die sinds ten minste een jaar op regelmatige basis in de gemeente actief respectief open zijn, kunnen aanspraak maken op een basisondersteuning.

Elke gemeente legt objectieve, relevante en redelijke criteria vast voor de subsidiëring van cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen alsook openbare bibliotheken.

De door de gemeenten vastgelegde criteria nemen ten minste in aanmerking :

1. voor cultuur-, folklore-, sport- en vrijetijdsverenigingen :
 - het aantal leden;
 - de regelmatige activiteiten;
2. voor cultuur- en sportverenigingen :
 - het aantal jonge leden;
3. voor openbare bibliotheken :
 - regelmatige openingstijden;
 - regelmatige actualisering van de collectie.

§ 2. Voor een gemeente die de in § 1 bedoelde criteria heeft vastgelegd, zijn de geldende subsidiëringgrondslagen van de Duitstalige Gemeenschap in deze gemeenten overeenkomstig van toepassing, in het bijzonder :

1. voor amateurkunstverenigingen : het decreet van 28 juni 1988 houdende de regeling van de erkenning en subsidiëring van amateurkunstverenigingen in de versie van 31 december 2008;

2. voor kamermuziekensembles : het decreet van 25 mei 1999 houdende de regeling van de erkenning en de subsidiëring van kamermuziekensembles in de versie van 31 december 2008;
3. voor folklovereuningen : het decreet van 16 februari 1998 houdende de regeling van de erkenning en de subsidiëring van verenigingen en federaties die zich met folklore bezighouden, en dit in de versie van 31 december 2008;
4. voor sportverenigingen : het sportdecreet van 19 april 2004 in de versie van 31 december 2008;
5. voor vrijetijdsorganisaties : de omzendbrief van 23 december 2002 betreffende de subsidiëring van vrijetijdsverenigingen in de Duitstalige Gemeenschap;
6. voor de openbare bibliotheken : het decreet van 15 juni 1994 betreffende de openbare bibliotheken in de versie van 31 december 2008.

Toezicht op het gebruik van de dotatie

Art. 13. De Regering houdt toezicht op het gebruik van de middelen, die op grond van artikel 11 van voorliggend decreet werden verstrekt, aan de hand van de jaarrekeningen van de gemeenten.

De Regering vordert de gelden terug die tijdens een begrotingsjaar niet doeltreffende werden gebruikt.

HOOFDSTUK V. — *Dotatie voor sociale zorg*

Bedrag van de dotatie voor sociale zorg

Art. 14. § 1. De dotatie voor sociale zorg bedraagt 1.839.476 EUR.

Vanaf het begrotingsjaar 2010 wordt dit bedrag jaarlijks aangepast aan een groeipercentage, dat overeenkomstig de in artikel 33bis, § 1, lid 4, van de bijzondere financieringswet van 16 januari 1989, gewijzigd door de bijzondere wetten van 16 juli 1993 en van 13 juli 2001, vastgelegde formule wordt berekend. Dit wordt eventueel verhoogd in overeenstemming met de toename van het groeipercentage van de dotatie, die door het Waalse Gewest aan de Duitstalige Gemeenschap wordt toegekend in uitvoering van het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 1 juni 2004 en van het Waalse Gewest van 27 mei 2004 betreffende de uitoefening van bepaalde bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake ondergeschikte besturen door de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De dotatie voor sociale zorg wordt overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn verdeeld.

Verdeelsleutel

Art. 15. De dotatie voor sociale zorg wordt in overeenstemming met onderstaande criteria onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de gemeenten van de Duitstalige Gemeenschap verdeeld :

- vijf percent in gelijke delen;
- zeven percent naar rato van het aantal inwoners, die als kredietnemers negatief zijn geregistreerd;
- acht percent naar rato van het aantal ontvangers van de gelijkgestelde sociale bijstand;
- tien percent naar rato van het aantal inwoners, van wie de leeftijd boven de gemiddelde levensverwachting van de Belgische bevolking ligt;
- twaalf percent naar rato van het aantal noodwoningen op het grondgebied van de gemeente;
- twintig percent naar rato van het aantal bedden in erkende rustoorden voor bejaarden en rust- en verzorgingstehuizen, waarvan het tekort volledig of gedeeltelijk door het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn of door de gemeente wordt gedragen;
- achtendertig percent naar rato van het aantal inwoners, die een integratie-inkomen ontvangen.

Voor de gebruikte meetwaarden gelden de gemiddelde cijfers van de voorbije zes jaar waarover er informatie beschikbaar is.

De Regering berekent jaarlijks het in toepassing van leden 1 en 2 bepaalde bedrag per openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn.

HOOFDSTUK VI. — *Wijzigingsbepalingen*

Afdeling 1. — Amateuristische kunstbeoefening

Titel van het decreet van 28 juni 1988

Art. 16. De titel van het decreet van 28 juni 1988 houdende de regeling en subsidiëring van verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening, voor het laatst gewijzigd door het decreet van 20 februari 2006, wordt als volgt vervangen :

« Decreet betreffende de classificatie en subsidiëring van amateurkunstverenigingen en kamermuziekensembles ».

Inhoud van het decreet betreffende de classificatie en subsidiëring van verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening en kamermuziekensembles

Art. 17. Artikels 1 tot 18 van hetzelfde decreet worden door volgende artikels vervangen :

« HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Definities

Artikel 1. Voor de uitvoering van dit decreet verstaat men onder :

1. Amateurkunsten : elke kunstvorm die een persoon de kans biedt zich te ontplooien en zijn potentiële creatieve vermogens via de beoefening van zijn kunst op vrijwillige basis en zonder beroepsmatige doeleinden te ontwikkelen;
2. Vereniging voor amateuristische kunstbeoefening : elke autonome vereniging van natuurlijke personen die vooral werkzaam is op het gebied van de amateuristische kunstbeoefening;
3. Kunstdiscipline : een tak van de kunsten of een organisatorisch samenhangend geheel van verwante kunstakken, waarvan het hoofdbestanddeel betrekking heeft op een van volgende uitdrukkingsvormen : instrumentale muziek, vocale muziek of theater;
4. Kamermuziekensemble : elke autonome vereniging van natuurlijke personen, die vooral werkzaam is op het gebied van de klassieke, instrumentale muziek en naast de artistieke leider ten minste vier en ten hoogste zes werkende leden telt;
5. Regering : de regering van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK II. — *Classificatie*

Classificatie

Art. 2. § 1. De Regering organiseert per kunsttak een classificatie voor verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening en kamermuziekensembles, die :

1. hun zetel in het Duitse taalgebied hebben en hun activiteiten vooral daar uitoefenen;
2. als een vereniging zonder winstoogmerk zijn opgericht;
3. sinds ten minste één jaar bestaan en binnen het Duitse taalgebied eigen voorstellingen organiseren en aan manifestaties deelnemen;
4. jaarlijks een minimum aantal openbare uitvoeringen brengen die de Regering telkens per kunsttak vastlegt;
5. naast de artistieke leider een minimum aantal leden tellen die de Regering voor verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening telkens per kunsttak vastlegt.

De classificatie van de verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening wordt per kunsttak georganiseerd.

De classificatie van de kamermuziekensembles wordt alle vier jaar georganiseerd.

§ 2. De Regering bepaalt :

- de classificatiecategorieën;
- de organisator;
- de bezettingsvormen;
- het classificatieproces;
- de geldigheidsduur van de classificatie.

De Regering doet een beroep op beoordelingscommissies, die de classificatie van de toegelaten kandidaten voorstellen.

Toelagen

Art. 3. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen kent de Regering aan de geclassificeerde verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening en kamermuziekensembles een premie toe die afhankelijk is van de classificatiecategorie en waarvan het bedrag door de Regering wordt bepaald.

De Regering kan aan alle verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening en kamermuziekensembles, die een basisondersteuning van een gemeente genieten, een toelage voor bijzondere initiatieven toekennen.

HOOFDSTUK III. — *Verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau*

Erkenning

Art. 4. Verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening kunnen op voorstel van een in artikel 2, § 2, lid 2, bedoelde beoordelingscommissie door de Regering als vereniging voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau worden erkend.

Toelage

Art. 5. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen kent de Regering aan de verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau jaarlijks een toelage voor de activiteiten van het voorgaande jaar ten belope van :

- 75 % van de in artikel 6 nummer 1 vermelde uitgaven;
- 60 % van de in artikel 6 nummer 3 vermelde uitgaven;
- 50 % van de in artikel 6 nummers 2, 4 en 5 vermelde uitgaven.

Om aanspraak op een toelage te kunnen maken moet een vereniging voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau :

- jaarlijks ten minste zes openbare uitvoeringen organiseren waarvan ten minste de helft binnen en ten minste de helft buiten het Duitse taalgebied plaatsvinden;
- een behoorlijke boekhouding voeren die op elk moment door de Regering op de zetel van de vereniging kan worden ingezien;
- jaarlijks een verslag over de activiteiten van het voorgaande jaar indienen.

Aannemelijke uitgaven

Art. 6. Voor de berekening van de jaarlijkse werkingstoelage worden onderstaande bewezen uitgaven in aanmerking genomen voor zover ze al niet door toelagen vanwege de Duitse Gemeenschap of andere instanties worden gedekt :

1. Uitgaven voor de bezoldiging :
 - a) van de artistieke leider;
 - b) van maximum twee uren per week van het secretariaatspersoneel;
2. Uitgaven voor het secretariaat, reclame, verzekering alsook bijdragen voor nationale en internationale federaties;
3. Uitgaven die rechtstreeks verband houden met de organisatie van voorstellingen;
4. Uitgaven ter vergoeding van reiskosten bij optredens in het buitenland, waarvoor de Regering de toelage heeft goedgekeurd op grond van een programma dat bij het begin van het jaar werd ingediend;
5. Uitgaven voor de aankoop van materiaal.

Voorschotten

Art. 7. Verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau kunnen in overeenstemming met de door de Regering bepaalde modaliteiten een voorschot op de jaarlijkse werkingstoelage ontvangen.

Opdracht van de Regering

Art. 8. De Regering bepaalt :

- de procedure voor de erkenning van verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau;
- de voorwaarden en de procedure voor het intrekken van de erkenning;
- de procedure voor de behandeling van het verzoek en de uitbetaling van de toelagen voor verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening met bijzonder artistiek niveau.

HOOFDSTUK IV. — *Kamermuziekensembles met bijzonder artistiek niveau*

Erkenning

Art. 9. Kamermuziekensembles kunnen op voorstel van een in artikel 2, § 2, lid 2, bedoelde beoordelingscommissie door de Regering worden erkend als kamermuziekensemble met bijzonder artistiek niveau.

Toelage

Art. 10. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen ontvangen kamermuziekensembles met bijzonder artistiek niveau jaarlijks een forfaitaire toelage voor de activiteiten van het voorgaande jaar ten belope van maximaal 2.000 EUR.

Om aanspraak op een toelage te kunnen maken moet een kamermuziekensemble met bijzonder artistiek niveau :
— een behoorlijke boekhouding voeren die op elk moment door de Regering op de zetel van de vereniging kan worden ingezien;

— jaarlijks een verslag over de activiteiten van het voorgaande jaar indienen;
— jaarlijks ten minste vijf openbare uitvoeringen organiseren waarvan ten minste één binnen en ten minste één buiten het Duitse taalgebied plaatsvinden.

Toelagen worden slechts ten belope van de bewezen, aannemelijke uitgaven uitbetaald. De Regering kan categorieën van aannemelijke uitgaven alsook maximum bedragen per categorie vastleggen.

De eerste werkingstoelage wordt betaald op grond van de activiteiten tijdens het erkenningsjaar.

Intrekking van de erkenning

Art. 11. De Regering trekt de erkenning als kamermuziekensemble met bijzonder artistiek niveau in als niet meer aan de voorwaarden voor de erkenning wordt voldaan.

HOOFDSTUK V. — *Subsidiëring van uitrustingsvoorwerpen voor amateuristische kunstbeoefening*

Toelage

Art. 12. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen kent de Regering aan federaties en verenigingen voor amateuristische kunstbeoefening, die regelmatig activiteiten met een omvangrijke en duurzame deelneming uitvoeren, toelagen toe voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen, die bestemd zijn voor de uitoefening van een culturele activiteit, die geen deel uitmaken van de infrastructuur en die bedoeld zijn om een deel van de kosten voor de vernieuwing of uitbreiding van de basisuitrusting te dekken.

Verenigingen kunnen slechts aanspraak maken op de in lid 1 bedoelde toelage, wanneer zij door toedoen van een gemeente van het Duitse taalgebied een basisondersteuning ontvangen.

Voorwaarden

Art. 13. Toelagen worden slechts toegekend wanneer de aanvrager zich er schriftelijk toe verplicht :

— tijdens een periode van twaalf jaar vanaf de dag waarop de toelage wordt uitbetaald noch tegen betaling noch oneigenlijk afstand te doen van de gesubsidieerde voorwerpen;

— de Regering te allen tijde toe te staan de uitgaven te controleren en alle hierop betrekking hebbende documenten in te zien;

— de Regering onmiddellijk van de opheffing van de vereniging in kennis te stellen.

In geval van een opheffing worden de gesubsidieerde voorwerpen in overleg met de Regering ter beschikking gesteld van een andere federatie of vereniging voor amateuristische kunstbeoefening.

Bedrag van de toelage

Art. 14. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen bepaalt de Regering het maximum bedrag van de toelagen en de voor de berekening ervan toepassbare percentages.

Aanvragen tot toekenning van uitrustingsvoorwerpen in verband met permanente jeugdondersteuning worden met voorrang in aanmerking genomen.

Aanvraag

Art. 15. Uitrustingstoelagen worden alleen toegekend wanneer de Regering schriftelijk toestemming heeft verleend voor elke bestelling of voor elke aankoop. Om tijdens het lopende begrotingsjaar een toelage te kunnen ontvangen, moet de aanvrager de aanvraag in twee exemplaren voor 31 maart van het betreffende jaar bij de Regering indienen.

De aanvraag moet vergezeld zijn van volgende documenten :

1. een oprichtingsverklaring als bewijs voor de bestaande animatie en de noodzaak daarvoor uitrustingsvoorwerpen aan te kopen;

2. drie offertes wanneer de prijs van de uitrusting 5.500 EUR bedraagt, zo niet volstaat één offerte.

Uitbetaling

Art. 16. De uitbetaling van de toelagen vindt plaats na overlegging en controle van de originele rekeningen en betaalbewijzen voor de subsidieerbare uitgaven.

Verplichtingen

Art. 17. Uitrustingsvoorwerpen, die met op grond van dit decreet toegekende toelagen werden aangekocht, moeten gedurende twaalf jaar in een permanente inventaris worden opgenomen. Deze inventaris bevat ten minste volgende gegevens :

— de aankoopdatum;

— de aankoopprijs;

— het bedrag van de toegestane toelage;

— eventuele opmerkingen over de toestand van de voorwerpen.

De uitrustingsvoorwerpen, die met op grond van dit decreet toegekende toelagen werden aangekocht, moeten tegen brand worden verzekerd wanneer ze op een en dezelfde plaats worden opgeslagen.

Terugvordering

Art. 18. Ingeval de voorwaarden van de artikels 12 tot 17 van voorliggend decreet niet worden nageleefd, vordert de Regering de toelagen volledig of gedeeltelijk terug. »

Opheffende bepaling

Art. 18. De artikels 18bis tot 22 van dit decreet zijn opgeheven.

Afdeling 2. — Openbare bibliotheken

Titel van het decreet van 15 juni 1994

Art. 19. De titel van het decreet van 15 juni 1994 betreffende de openbare bibliotheken wordt met volgende bewoordingen aangevuld :

« en het toezichtcomité voor openbare bibliotheken. »

Wijziging van artikel 1 van dit decreet

Art. 20. Artikel 1 van dit decreet wordt als volgt gewijzigd :

— § 1 wordt door volgende bewoordingen vervangen :

« § 1. Voor de toepassing van voorliggend decreet verstaat men onder « erkende bibliotheken », die bibliotheken, die door toedoen van de gemeente basisondersteuning genieten; »

— § 3 wordt opgeheven.

Het toezichtcomité voor openbare bibliotheken

Art. 21. Artikel 12, § 2 en 3, van dit decreet, gewijzigd door het decreet van 1 maart 2004, worden met volgende bewoordingen aangevuld :

« § 2. Het toezichtcomité heeft volgende taken :

1. het opstellen van een verslag over alle voorontwerpen van decreet, die op openbare bibliotheken betrekking hebben;

2. het opstellen van een verslag in opdracht van de regering of uit eigen beweging over alle kwesties die op openbare bibliotheken en schoolmediotheken betrekking hebben;

3. het behartigen van de belangen en het uitbouwen van een forum van openbare bibliotheken en schoolmediotheken ter ondersteuning van de samenwerking en ervaringsuitwisseling tussen openbare bibliotheken en schoolmediotheken;

4. het uitwerken van ideeën en suggesties met betrekking tot de ontwikkeling van het openbare bibliotheekwezen in de Duitstalige Gemeenschap;

5. het aansporen tot maatregelen en acties in het kader van leesbevordering;

6. het opstellen van een concept voor de opleiding en voortgezette opleiding van medewerksters en medewerkers van openbare bibliotheken;

7. het voorstellen van het bibliotheekwezen bij het grote publiek;

8. het organiseren van een netwerk van bibliotheken van de Duitstalige Gemeenschap;

9. het leggen en onderhouden van contacten met organisaties die werkzaam zijn op het gebied van het bibliotheekwezen, en dit zowel op nationaal en internationaal niveau.

§ 3. Het toezichtcomité is als volgt samengesteld :

1. een vertegenwoordiger van elke openbare bibliotheek van het Duitse taalgebied;

2. telkens één vertegenwoordiger van de bibliotheken, mediotheken resp. vakbibliotheken, aangesloten bij het Virtueel Verbond van Bibliotheken (MediaDG);

3. een vertegenwoordiger van de Regering;

4. een vertegenwoordiger van de vereniging van de Duitstalige bibliotheken en bibliothecarissen van België;

5. een vertegenwoordiger van de mediacentra.

De onder 3 tot 5 genoemde vertegenwoordigers nemen met raadgevende stem deel aan de zittingen van het toezichtcomité. »

Opheffende bepaling

Art. 22. De artikels 2 tot 11 alsook 14 tot 24 en 30 tot 32 van dit decreet zijn opgeheven.

Wijziging van artikel 26 van het bibliotheekdecreet

Art. 23. Artikel 26 lid 1 nummer 3 van dit decreet wordt door volgende bewoordingen vervangen : « 3. Bijzondere initiatieven. »

Afdeling 3. — Sportverenigingen

Wijziging van artikel 3 van het sportdecreet

Art. 24. Artikel 3 van het sportdecreet van 19 april 2004 wordt met een nieuw nummer 9 met volgende bewoordingen aangevuld : « 9. Sportverenigingen : verenigingen die door toedoen van een gemeente van het Duitse taalgebied basisondersteuning voor sportactiviteiten genieten. »

Wijziging van artikel 5 van het sportdecreet

Art. 25. In artikel 5 van dit decreet worden de woorden « verenigingen en » geschrapt.

Wijziging van artikel 6 van het sportdecreet

Art. 26. In artikel 6 lid 1 van dit decreet wordt nummer 5 opgeheven.

Wijziging van artikel 20 van het sportdecreet

Art. 27. In artikel 20, lid 1, van dit artikel worden volgende wijzigingen doorgevoerd :

3. in nummer 3 wordt de woorden « in voorkomend geval » geschrapt;

4. nummer 4 wordt opgeheven.

Opheffing van enkele artikels van het sportdecreet

Art. 28. De artikels 8, 15 en 25 van dit decreet zijn opgeheven.

Wijziging van artikel 31 van het sportdecreet

Art. 29. In artikel 31 lid 1 van dit decreet worden de bewoordingen « 22, 23 en 25 » vervangen door de bewoordingen « 22 en 23 ».

Wijziging van het decreet betreffende het statuut van de sportschutters

Art. 30. Artikel 2 nummer 5 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters wordt door volgende bepaling vervangen: « Schietvereniging: sportvereniging die op het gebied van sportschieten werkzaam is en die door toedoen van een gemeente van het Duitse taalgebied basisondersteuning geniet; ».

Wijziging van het decreet ter voorkoming van gezondheidsschade bij sportbeoefening

Art. 31. Artikel 2 nummer 5 van het decreet van 30 januari 2006 ter voorkoming van gezondheidsschade bij sportbeoefening wordt door volgende bepaling vervangen: « 5. Sportvereniging: vereniging die door toedoen van een gemeente van het Duitse taalgebied basisondersteuning voor sportactiviteiten geniet; ».

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen*

Opheffende bepalingen

Art. 32. Zijn opgeheven:

— artikel 105 leden 2 en 3 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, gewijzigd door de wet van 31 december 1983;

— het decreet van 18 april 1995 betreffende de vaststelling van de toelageregeling voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen door federaties en verenigingen die werkzaam zijn op het gebied van de uitoefening van amateurkunst;

— het decreet van 16 februari 1998 tot erkenning en subsidiëring van verenigingen en federaties die werkzaam zijn op het gebied van de folklore;

— het decreet van 25 mei 1999 houdende regeling van de erkenning en de subsidiëring van kamermuziekensembles;

— het decreet van 17 maart 2008 betreffende de dotatie voor gemeentewegen;

— Het besluit van de Regering van 14 januari 1999 houdende vastlegging van de criteria voor de verdeling van het bijzonder fonds voor maatschappelijk welzijn onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de Duitstalige Gemeenschap.

Overgangsbepaling bij artikel 9

Art. 33. De gemeenten ontvangen voor de in artikel 9 van voorliggend decreet bedoelde investeringen geen toelagen in toepassing van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, met uitzondering van de projecten, goedgekeurd in uitvoering van het infrastructuurplan 2005-2009.

De kosten, verbonden aan de leningen die voor 1 januari 2008 zijn aangegaan met het oog op de financiering van werken aan het gemeentelijke wegennet, worden niet in aanmerking genomen om de aanwending van de donatie te rechtvaardigen.

Overgangsbepaling bij artikel 11

Art. 34. De in artikel 11 bedoelde dotatie vervangt alle prestaties der basisondersteuning, waarop de ontvangers van de toelagen recht hebben overeenkomstig de vroeger toepasselijke subsidiëringprocedure.

Inwerkingtreding

Art. 35. Voorliggend decreet wordt op 1 januari 2009 van kracht.

Eupen, 15 december 2008.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President,
Minister voor Lokale Overheden,

B. GENTGES

Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Zitting 2008-2009

Bescheiden van het Parlement: 136 (2008-2009) Nr. 1: Ontwerp van decreet. — 136 (2008-2009) Nr. 2: Voorstellen tot wijziging. — 136 (2008-2009) Nr. 3: Verslag

Integraal verslag: discussie en aaneming - Zitting van 15 december 2008.